

Konzept für mehr Jugendbeteiligung

CDU bringt Antrag ein – Diemelsee will Politikverdrossenheit entgegenwirken

Diemelsee – Mit einem Antrag zur Stärkung der politischen Bildung und Beteiligung junger Menschen hat die CDU-Fraktion in der jüngsten Sitzung der Gemeindevertretung Diemelsee für fraktionsübergreifende Zustimmung gesorgt. Das vorgeschlagene Konzept „Jugend und Politik vor Ort“ soll Jugendlichen kommunale Entscheidungsprozesse näherbringen und sie aktiv in die lokale Politik einbinden.

„Man darf ja noch nicht mal sagen, was man denkt“ oder „Entscheiden tun die da oben“ – solche Aussagen von Jugendlichen zeigen laut CDU-Antrag, dass sich viele junge Menschen von politischen Entscheidungsprozessen nicht angesprochen oder ausreichend eingebunden fühlen. Fehlende Kenntnisse über die Funktionsweise kommunaler Politik führten häufig zu Distanz und Desinteresse.

„Wichtig ist, dass wir die Jugend frühzeitig integrieren und abholen und die Entscheidungsprozesse in den Gremien erklären“, betonte Jörg Weidemann (CDU) in der Sitzung. Ziel sei es, der Politikverdrossenheit entgegenzuwirken und gleichzeitig Nachwuchs für die ehrenamtliche kommunalpolitische Arbeit zu gewinnen.

Das von der CDU vorgelegte Konzept sieht drei aufeinander aufbauende Bausteine vor. In einer ersten Phase sollen Jugendliche in der Schule auf das Thema vorbereitet werden. Dabei geht es um Grundlagen wie die Funk-



Sie sollen mitreden: Ein Jugendbeteiligungs-Angebot, wie hier in den Nordwaldecker Kommunen, soll auch in Diemelsee etabliert werden.

ARCHIVFOTO: HEIKE SAURE

tionsweise kommunaler Strukturen, die Aufgabenverteilung zwischen Verwaltung, Gemeindevorstand, Bürgermeister und Gemeindevertretung sowie um die Frage, wie sich junge Menschen selbst einbringen können. Gleichzeitig sollen lokale Anliegen gesammelt werden: Was fehlt im Ort? Was wünschen sich junge Menschen?

In einem zweiten Schritt ist ein Austausch mit der Gemeinde vorgesehen. Bei einem Besuchstermin mit dem Bürgermeister und gegebenenfalls Mitgliedern des Gemeindevor-

stands sollen kommunale Aufgaben und die Arbeitsweise der Verwaltung vorgestellt werden. Auch Projektideen der Jugendlichen können diskutiert und Fragen zu Finanzierungsmöglichkeiten, Fördermitteln und Haushaltsplanung geklärt werden.

Den Abschluss bildet die Teilnahme an einer Gemeindevertretersitzung oder eine gesonderte Sitzung, bei der Jugendliche selbst zu Wort kommen und konkrete Ideen beraten können. Gemeinsam sollen Ziele oder Pilotprojekte entwickelt

werden.

Der Antrag stieß fraktionsübergreifend auf positive Resonanz. Karl-Heinz Kalhöfer-Köchling von der SPD begrüßte das Konzept ausdrücklich. Christian Pohlmann (FDP) regte an, dass im Politik-Unterricht der MPS Adorf auch der Besuch von Gemeindevertretersitzungen integriert werden könnte.

Horst Wilke von den Freien Wählern äußerte zwar grundsätzliche Zustimmung, fragte jedoch nach, ob die Gemeinde überhaupt in den Lehrplan eingreifen könne. Bürgermeister

Becker konnte diese Bedenken ausräumen: Er habe bereits mit der Mittelpunktschule gesprochen, deren Schulleiterin das Vorhaben gut finde und unterstützen wolle.

Die Gemeindevertretung beauftragte den Gemeindevorstand, gemeinsam mit der örtlichen Schule ein Konzept zur Einführung des Beteiligungs- und Bildungsformats zu erstellen und umzusetzen. Mit überschaubarem organisatorischem Aufwand sollen sichtbare und nachhaltig wirksame Ergebnisse erzielt werden. **LUTZ BENSELER**